

## **„UNESCO-Welterbestätten in Europa – Ein Netzwerk für Kulturdialog und Kulturtourismus“**

Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

**13. und 14. Juni 2007, St. Petri Kirche, Lübeck**

### **Bundesminister Wolfgang Tiefensee (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn Sie eine Eurobanknote aus ihrem Portemonnaie nehmen und sie genauer betrachten, dann sehen Sie auf dieser Banknote – neben dem entsprechenden Geldwert - Bauwerke. Sie sehen Brücken, Bögen, Kathedralen, Fenster und dergleichen mehr.

Ich finde, dass sich hier an den Geldnoten ein wunderbares Spannungsfeld darstellt. Denn man fragt sich: Was meinen wir eigentlich, wenn wir Europa sagen, was ist eigentlich wirklich wichtig und was ist weniger wichtig in diesem Kontext? Zählt das Geld, die Wirtschaft, die Verwaltung von Fonds mehr als der Brückenschlag in Kultur, Wissenschaft und menschliche Begegnung? Ist es das, was bildlich dargestellt Europa wirklich ausmacht?

Im Rahmen unserer europäischen Ratspräsidentschaft drängt sich manchmal die Frage auf, wie das eigentlich gehen soll, dass 27 Mitgliedstaaten mit ganz unterschiedlichen nationalen Interessen auf einen Nenner gebracht werden. Und dieser Nenner soll nicht etwa der kleinste gemeinsame Nenner, kein fauler Kompromiss sein, sondern ein stabiles Fundament für die europäische Entwicklung darstellen. Mir scheint, dass in der Diskussion oftmals die Gegensätze und die nationalen Egoismen mehr im Vordergrund stehen, als die Gemeinsamkeiten.

Jean Monnet, mit Robert Schuman einer der Väter der Europäischen Union, hat einmal sinngemäß gesagt: „Wenn ich den europäischen Vereinigungsprozess noch einmal beginnen müsste, würde ich ihn auf die Kultur gründen.“ Das scheint mir ein guter Ansatz. Denn angesichts der vielen Ungleichheiten, der Interessen, die aus den einzelnen Nationalstaaten artikuliert werden, ist es besonders wichtig, das Verbindende zu betonen.

Wenn wir heute hier in Lübeck zusammenkommen, dann steht das Verbindende, das Erhaltenswerte und das neu zu Entwickelnde im Vordergrund. Deshalb bin ich froh, dass ich die Gelegenheit habe, hier zu sprechen. Lübeck ist ein Ort, der beeindruckend ist und eine Stadt, die wie keine zweite in Deutschland als Welterbestätte für Kultur steht.

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, ich habe erst in Vorbereitung auf diese Rede gelesen, dass Lübeck im 14. Jahrhundert im Edikt von Karl IV. als eine der fünf Herrlichkeiten beschrieben wurde. Es wurde in einem Atemzug genannt mit Rom, Venedig, Pisa und Florenz. Das klingt gut und passt gut zum heutigen Tag. Wir sind also in einer dieser Herrlichkeiten und damit am richtigen Platz, wenn es um das Weltkulturerbe geht.

Deutschland hat gerade hier die Gelegenheit der Welt und Europa zu zeigen, was wir unter Welterbestätten verstehen. Baukultur, Baustätten und gebauter Raum, der verbindet, markiert sich am bedeutungsvollsten, am hervorragendsten in den Welterbestätten. Deshalb heiße ich sie im Namen der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung herzlich willkommen auf dieser Tagung. Sie besitzt den besonderen Charme sich nicht nur auf Deutschland zu beziehen. Hier wird das Thema Welterbe europäisch behandelt, und damit bettet sich die Tagung wunderbar

in die deutsche Ratspräsidentschaft und in den europäischen Diskurs ein, den wir gerade unter den 27 Mitgliedstaaten führen.

Erbe und Welterbe – welche Bedeutung hat das eigentlich? Wir sind die Erben unserer Vorfahren. Und quasi in einer kurzen Spanne, die wir Gegenwart nennen, sind wir auch die Vorfahren unserer Erben. Dieser Umstand markiert eine immense Verantwortung. Die Verantwortung nämlich, aus dem Erbe unserer Vorfahren das herauszufiltern und herauszuschälen, was erhaltenswert ist. Das bedeutet auch, das beiseite zu legen, was nicht trägt, wo man sozusagen in tote Asche blasen würde. Und schließlich heißt es, die Verantwortung zu sehen für das, was zukünftig für die nächsten Generationen zu gestalten ist.

All das zusammen ist eine große und schwierige Aufgabe. Aber sie muss übernommen und gestaltet werden – auch und gerade von politischer Seite. Ein Politiker, der nicht das Bewusstsein hat, dass er auf den Schultern der Vorfäter und Vormütter steht und der nur den schmalen Ausschnitt, den er politisch bestimmen kann, als den wichtigsten und einzigartigsten beschreibt, versündigt sich sowohl an der Tradition als auch an der Zukunft. Wenn wir aber über Baukultur und über die Stätten des Welterbes diskutieren, dann markiert sich dort in hervorragender Weise, was wir mit diesem Hinübernehmen aus der Tradition in die Zukunft meinen.

Dem müssen wir uns stellen – auch und gerade auf europäischer Ebene. Wir haben in Leipzig vor drei Wochen auch eine Charta verabschiedet: die „Charta der europäischen Stadt“. In Verbindung mit der „territorialen Agenda“ haben wir über die Rolle der Stadt und der sie umgebenden Region diskutiert. Der Kernpunkt dieser Überlegungen ist, dass die europäische Stadt in ihrer Urbanität, in ihrer Vielfalt, in ihrer Lebendigkeit und in ihrer Dichte ein Asset, ein Aktivposten für die Welt ist.

Das spezifisch europäische Zusammenklang von Wohnen und Arbeiten, von Freizeit und Einkaufen auf engstem Raum und die besondere Form der Identität, die dadurch entsteht, ist vorbildlich für die Welt. Die europäische Stadt ist im Übrigen auch im Lissabon-Prozess, wo es um knallhartes Wirtschaften geht, ein Pfund, mit dem wir wuchern können – und müssen.

Wir haben in Leipzig eine Charta verabschiedet, die genau das noch einmal in den Blick rückt und damit die Charta von Athen aus den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts abgelöst.

Damals wurde noch ein anderes Bild von Stadt gezeichnet und favorisiert. Athen sah die Zukunft eher in einer Stadt, die Lebensbereiche trennt. Heute steht die zusammenwachsende Stadt im Vordergrund. Das macht eine integrierte Politik notwendig, die Stadtentwicklung fächer- und politikfelderübergreifend beschreibt. Es ist unser Ziel, dass dem Bürger sowohl Heimat und Identität gegeben werden als auch Offenheit für das Fremde. In diesem Spannungsverhältnis des 20. und 21. Jahrhunderts steht die europäische Stadt.

Ein wichtiges Stichwort der heutigen Zeit ist Flexibilität. Aber was bedeutet das? Richard Sennett hat zwei Bilder gebraucht, um den Unterschied zwischen amerikanischer und europäischer Flexibilität zu verdeutlichen. Die amerikanische beschrieb er so, dass man praktisch sein Haus auf Räder stellt und dorthin fährt, wo die Arbeit ist. Es ist die Flexibilität der Entwurzelung. Die europäische Flexibilität ist anders. Sie gleicht einem Getreidehalm, der seine Wurzeln im Boden hat und sich flexibel den Stürmen, den Anforderungen, die auf ihn zukommen, aussetzt. Da ist das Fundament der europäischen Stadt. Wenn wir in Europa diese Wurzeln nicht pflegen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass in einer globalisierten Welt eine mit Flexibilität verbundene Identität nicht möglich ist. Um nichts weniger geht es bei den Themen, die wir hier besprechen.

Wenn es um das kulturelle Erbe geht, schauen wir nicht nur auf Bauwerke, sondern wir beschäftigen uns mit der Frage, wie wir im 21. Jahrhundert leben wollen und welches Umfeld, welche Lebensqualität wir für die Bürgerinnen und Bürger schaffen wollen. Genau an dieser Stelle kommt die Tradition, kommen die Welterbestätten in den Blickpunkt. Ich bin dankbar, dass Sie sich Tag für Tag mit Ihrer Arbeit auf ganz unterschiedlichen Feldern in unterschiedlichen Regionen und Ländern um diese herausragenden Orte bemühen. Ihr Engagement ist unverzichtbar. Die Bundesregierung will alles tun, um diese Arbeit zu unterstützen und mit konkreten Programmen und Finanzmitteln zu fördern.

Das Interessante ist ja, dass der Denkmalschutz und die Sorge um solche Kulturstätten ursprünglich nicht aus der Politik, sondern aus Vereinen und der Bevölkerung kommt. Jetzt mündet dieses Engagement in Stiftungen wie die Deutsche Stiftung Denkmalschutz oder den National Trust in Großbritannien. Die Angebote wie z.B. beim „Tag des offenen Denkmals“ werden von der Bevölkerung begeistert wahrgenommen. Das Interesse an Tradition und Erbe gründet also in der Bevölkerung und ist nicht abgehoben als eine Aufgabe von Politikern.

Ein altes Sprichwort sagt: "Der Onkel, der ein Geschenk mitbringt, wird eher geliebt, als die Tante, die Klavier spielt." Aus diesem Grund will ich ganz praktisch verdeutlichen, was die Bundesregierung unternimmt und was wir an Rahmenbedingungen zu setzen versuchen, damit Weltkultur, Erbe, Tradition, Baukultur und gute Architektur entstehen können und erhalten bleiben.

Erstens haben wir uns um unser Baugesetzbuch gekümmert. Wir haben hier eine Novelle in Angriff genommen, in der die Innenstadt die Präferenz vor der grünen Wiese erhält. Wer im Inneren der Städte Handel betreibt und Brachen bebaut, hat nun Vorrang vor der grünen Wiese.

Zweitens haben wir die Städtebauförderung aufgestockt. Momentan sind es 540 Mio. Euro pro Jahr. Das sind 70 Mio. € mehr pro Jahr als zuvor. Wir haben dabei einige neue Programme implementiert, zum Beispiel für aktive Stadt- und Stadtteilquartiere. Wir wollen mit Städtebaugeldern die Aktivitäten vor Ort fördern, weil wir wissen, dass eine Pflege des Erbes nur in lebendigen Stadtteilen möglich ist. Nur in aktiver Abstimmung mit der Bürgerschaft kann das gelingen.

Wir kümmern uns außerdem um die Frage, wie wir den städtebaulichen Denkmalschutz auch auf die alten Bundesländer in unserem Land ausdehnen können. Wir haben hervorragende Erfahrungen in den neuen Bundesländern gemacht und wir stehen jetzt gemeinsam mit den Ländern in enger Absprache um die Fördervoraussetzungen festzulegen. Ab Januar 2009, wenn dann diese Diskussion abgeschlossen ist, wollen wir mit konkreten finanziellen Mitteln dafür sorgen, dass auch in den alten Bundesländern Erhaltenswertes erhalten bleibt.

Wir schlagen uns schließlich mit der Frage herum, in welcher Weise wir durch Städtebauförderung die Städte, die Welterbestätten sind, herausgehoben fördern können. Und die Experten unter Ihnen wissen, dass wir mitten in der Diskussion sind, ob es wohl klug ist, wenn der Bund hier eingreift. Sie wissen, dass der Artikel 104 es uns erlaubt, von Bundesseite in diesen Sektor zu investieren. Hier stellt sich eine Frage, die ich auch an das Auditorium zurückgeben möchte: Sollten wir es den Ländern überlassen, aus einem bundesfinanzierten Topf heraus die Welterbestätten zu fördern, oder sollte der Bund das mit einem gesonderten Programm tun? Das ist eine Frage, die wir beantworten müssen.

Wir kümmern uns darüber hinaus wo es nötig ist um den Abriss. Sie kennen die Programme "Stadtumbau Ost" und "Stadtumbau West". Es geht darum Wohnungen vom Markt zu

nehmen, damit der Markt gesund wird bzw. bleibt. Auch hier stellen sich Fragen hinsichtlich der Kultur: Wie sollen wir mit denkmalgeschützten Gebäuden umgehen, die einer sinnvollen Infrastruktur im Weg stehen und die seit 20, seit 30 Jahren am Rande der Innenstädte leer stehen? Sollen sie in den Stadtumbau einbezogen werden oder nicht? Inwieweit kann der Diskurs mit der Bevölkerung auf der politischen Ebene dazu führen, dass man hier auch zu einer Entscheidung kommt? Das alles ist zu klären.

Und wir haben die „Stiftung Baukultur“ auf den Weg gebracht. Die „Stiftung Baukultur“ ist keine Stiftung, die die großen Summen ausschüttet. Sie ist eher wie ein Marktplatz angelegt, der einen öffentlichen Diskurs über die Baukultur in unserem Land und in Europa ermöglichen soll. Da schließt sich der Kreis: Die Themen des guten Planens, des guten Bauens, des Erhaltens werden noch lange nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit in Deutschland und in Europa wahrgenommen. Auch deshalb bedarf es solcher Tagungen wie der heutigen.

Wir haben aktuell in Deutschland in Sachen Welterbe ein Problem. Ich denke, das hat sich auch international herumgesprochen. Eine Brücke im Freistaat Sachsen, die noch gar nicht da ist, führt zu Diskussionen, weil ihr Bau eine Welterbestätte zu gefährden droht. An diesem Beispiel lässt sich sehr gut deutlich machen, worum es eigentlich geht, wenn wir über die Bedeutung des Welterbes und seinen Schutz sprechen: Es geht um ein Höchstmaß an Sensibilität und um die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen in einem guten, tragfähigen Kompromiss unter einen Hut zu bringen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung entsprechend einer Maßgabe des Bundesverwaltungsgerichtes die Dresdner gebeten, alles Erdenkliche zu tun, um einen solchen Kompromiss zu finden. Der ist im Übrigen auch Voraussetzung dafür, dass wir nicht unter Umständen Gelder zurückfordern müssen. Wir müssen gemeinsam eine gute Lösung finden. Ich appelliere auch von diesem Podium aus an die Dresdner und insbesondere an die sächsische Staatsregierung, Kompromissbereitschaft zu zeigen. Die ist dringend nötig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, tun wir gemeinsam alles dafür, dass Welterbestätten erhalten bleiben, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Heimat wohl fühlen, dass sie sich einbringen, dass sie sich dafür interessieren, woher die Stadt, woher die Region, woher ihr Land kommt. Tun wir alles dafür, dass die Menschen ihr Erbe und ihre Heimat mitgestalten. In einem Dreiklang sollte aus Tradition und Vision soll eine Mission entstehen. Ihre Mission besteht darin, sich für die Welterbestätten einzusetzen, für die Kultur in Deutschland, in Europa und weit darüber hinaus.

Viel Erfolg in diesem Bemühen.